

Nachrichten

der Deutschnationalen Volkspartei Halle-Saalkreis

Verantwortlich: W. Poche, Geschäftsführer, Halle (Saale), Alte Promenade 10. — Verlag: Volksverein Halle-Saalkreis d. D. u. P.

1927

Monat September

Nr. 12

Dieses monatlich erscheinende Nachrichtenblatt wird allen eingeschriebenen Mitgliedern kostenlos zugestellt.

Wir vergessen euch nicht!

Von Kurd Schrader.

Das Reich ist zerrissen, das Reich ist zerfehrt,
In bestende Trümmer zerfallen,
Verkauft und verraten, verflucht und verfehrt,
Entehrt und entrechtet, vom Feinde befehrt,
Erniedrigt zum Knecht und Vasallen,
Und gierige Geier umklammern den Nest
Von Norden und Süden, von Ost und von West
Mit blutigen, lüfternen Krallen.

Doch jenseits der Grenzen, die Willfür und Mut,
Die List und Verleumdung gezogen,
Verschmachten von unsrem Geschlechte und Blut
Die Brüder und Schwestern, mit Habe und Gut
Um Heimat und Hoffnung betrogen;
Dem Boden entwurzelt, dem alle entstammt,
Geächtet, geknechtet, zu Ketten verdammt,
Verschächert, geraubt und belogen.

Dem Arme der Mutter entrisen das Kind
Begierde und frebles Vermessen!
Nun weint es die suchenden Augen sich blind,
Vertraut seine Klagen dem eilenden Wind,
Von Sehnsucht und Kummer zerfressen;
Dem Vaterhaus fern, in der Fremde verwaist,
Doch nah uns im Herzen und nah uns im Geist,
Verlassen, doch niemals vergessen!

Denn, ob man euch raubte mit diebischer Hand,
Wie's Frankreich und England befohlen,
Ihr seid nicht vergessen, mein Danziger Strand,
Mein Schleswig, mein Elbaf, mein schlesisches
Mein deutsches, mein preukisches Polen! Land,
Du bist nicht vergessen, mein deutsches Tirol,
Das treulos der Judas in Roms Kapitol
Voll Falschheit und Undank gestohlen!

Wir lassen euch nicht, wir vergessen euch nicht,
Und liegen wir selbst auch darnieder!
Wir halten euch Treue in Ehre und Pflicht,
Denn Mitleid und ewige Liebe umflieht
Wie Ketten den Leib und die Glieder!
Habt Mut nur, ihr Schwestern; ihr Brüder Geduld!
Noch rächte auf Erden sich jegliche Schuld
Wir holen, wir holen euch wieder.

Deutschnationale Mitkämpfer!

Bereitet die

Werbewoche

vor, die nächsten Monat, und zwar

vom 24. Oktober bis 30. Oktober 1927 stattfindet.

Inhalt dieser Nummer:

1. Vor dem Endkampf um das Reichsschulgesez.
2. Preukische Flaggenverordnungen erzeugen Haß und Abscheu.
3. „Nie wieder gehe ich zur Verfassungsfeier“ — sagte ein Beamter.
4. Wie fällt die nächste Wahl aus?
5. Richtlinien für unsere Mitglieder zur Werbewoche.
6. Treibt Mundpropaganda (Agitationsmaterial).
7. Wann finden deutschnationale Veranstaltungen statt? (Vortragskalender.)
8. Kaufe nur bei unseren deutschnationalen Geschäftsleuten und Insurgenten!
9. Flaggt am 1. und 2. Oktober alle „schwarz-weiß-rot“!

Vor dem Endkampf um das Reichsschulgesetz.

Unsere Mitglieder werden in diesen Tagen den Wortlaut des Keudellischen Entwurfes zum Reichsschulgesetz und die Begründung durch die Zeitung kennengelernt haben. Mit dem Tage der Bekanntgabe begann die letzte entscheidende Phase des Kampfes, der seit acht Jahren unser Volk bewegt, ganz besonders auch die Deutschnationale Volkspartei. Für diese Kampfmonate gilt nunmehr höchste Bereitschaft. Wenn die Veröffentlichung des Entwurfs einige Wochen länger gedauert hat, als die meisten von uns gehofft haben, so darf nicht vergessen werden, daß die Schwierigkeiten außerordentlich groß waren und noch sind, und daß es immerhin eine respektable Leistung bedeutet, wenn nach achtfährigem fruchtlosen Verhandeln nun eine zur Durchführung entschlossene, auf eine Mehrheit gestützte Regierung das Werk zur Verhandlung fertiggestellt hat. Der Kampf um das Gesetz muß mehr sein als die Erörterung einer Spezialfrage. Durch die kulturpolitische Offensive der Reichsregierung ist die Gelegenheit gegeben, die im Stellungskrieg erstarrte politische Front überall da in Bewegung zu bringen, wo es sich um staatspolitische Probleme handelt. Nicht nur die Parteien, sondern die gesamte nationale Bewegung wird nun zu beweisen haben, ob sie politischen Willen besitzt. Diesem ist durch das Gesetz für alle Zeit die verantwortungsvolle Aufgabe gesetzt, die Waffe des „Willens der Erziehungsberechtigten“ scharf zu halten und sie für einen christlich-nationalen Kampf zu verwenden.

Der religionslosen Schule (weltliche Schule, Revolutionärsideal der Sozialdemokratie), der Sammelschule (Simultan- und Gemeinschaftsschule mit angehängtem Religionsunterricht, Schulideal des Liberalismus) und der christlichen Schule ist an sich in gleicher Weise die Bahn frei gemacht. Kein Zweifel, daß die christliche Elternbewegung in den nächsten Jahren überall der christlichen Schule den Platz der ersten Siegerin sichern wird. Das bedeutet praktisch die kulturpolitische Überwindung der Revolution oder wenigstens den Anfang dazu.

In den südwestdeutschen Ländern tritt das Elternrecht erst nach einer Sperrfrist, welche den bisherigen Zustand schützt, in Wirkung.

Die Schulaufsichtsfrage ist völlig im Sinne der bekannten Entschliessung des Deutschnationalen Lehrerbundes geregelt. Sie bleibt selbstverständlich Sache des Staates. Auch die Betreuung des Religionsunterrichts wird dem staatlichen Beamten anvertraut, wenn er zu dem betreffenden Bekenntnis steht. Tut er das nicht (Fall Michalko!), so ernannt der Staat eine von der betreffenden Kirche präferierte Persönlichkeit, die Schulfachmann ist. Damit ist das vertrauensvolle Zusammenwirken aller Faktoren gesichert.

Für die nächsten Monate sind schwere Kämpfe zu erwarten. Die Schlagwörter, mit denen die Gegenseite arbeiten wird, und die unter dem Generalnennner der bedrohten Geistesfreiheit geführt werden, sind nun schon seit Wochen so bis zum Überdruß von der Oppositions-Presse totgebeht worden, daß sie allmählich wirklich nur noch auf besonders findliche Gemüter Eindruck machen.

Die Partei wird alles tun, ihre Mitglieder zu unterrichten, und hofft, daß diese den Kampf gegen alle Torheiten und bössartigen Schlagwörter mit der klaren Entschiedenheit führen, die für diese große Sache notwendig ist.

Hotel Goldene Kugel

Besitzer: F. O. Stoye

Restaurationsräume und Hotel
trotz Umbau im vollen Betrieb

Eingang zur Zeit über die Terrasse

Preussische Flaggenverordnungen erzeugen Haß und Abscheu.

Wie Neupreußen moralisch erobert. — Gegen das oberste Gericht. — Mit der großen Schiebung. — Verfassungsbruch zur Verfassungsfeier.

Unsere Feinde gegenüber ist unsere Republik bekanntlich mächtig stolz darauf, fortwährend „moralische Eroberungen“ gemacht zu haben und immer neue zu machen. Sie hat Locarno erobert, hat Genf erobert, dann Thoiry, und sie wird noch weiter moralisch erobern. Nur im Innern, gegen die eigenen Volksgenossen, will sie von „moralischen“ Eroberungen nichts, aber auch gar nichts wissen. Hier sind „Eroberungen“ erstens zu umständlich, zweitens zu kostspielig. Denn die moralische Kraft, die natürlich dazu nötig wäre, ist eben einfach bei ihr nicht vorhanden. Und woher nehmen und nicht stehlen? Wir sind ja auch nicht verwöhnt. Den Feinden, das war einst das Rezept der Republik, Erfüllung (und man bewilligte die finanzielle Ausblutung), den Brüdern aber das Nachsehen (und man ließ, die fürs Vaterland geopfert hatten, sitzen, weil „kein Geld mehr“ da war). Bedeutend bequemer als „moralische Eroberungen“ ist der Republik als Mittel der Staatsanwalt und der Schutzmann. Die, meint man zuverlässig, werden's schon besorgen. Und man läßt Zweifler ordentlich zu Geldstrafen verknacken, noch lieber aber gleich auf ein paar Monate einlocken. Früher hieß es: „Liebe des freien Mannes gründet den Herrscherthron wie Fels im Meer.“ Wie gesagt, früher. Aber das ist vorbei.

Gewalt, ganz brutale Gewalt hat man jetzt in der Fahnenfrage gegen Andersdenkende angewendet, und man hat damit gezeigt. Aber ob nicht den wenigen Nachdenklichen unter den Republikanern doch ein wenig bange ist bei diesem „Sieg“?

Hören wir doch, was geschah: Genosse Sebering, damals noch Minister des Innern, wollte die preussischen Städte mit Gewalt zwingen, die Schwarzrotgelbe Fahne aufzuziehen, auch wenn das von der Mehrheit ihrer gewählten Vertretung abgelehnt wird. Das war ein Schlag gegen das demokratische Prinzip — was der herrschenden Clique aber Wurst ist — und ein Schlag gegen die Selbstverwaltung. Die Stadt Potsdam gehörte zu denen, die ihr Rathaus nicht für diese Fahne hergeben wollten. Sie haben ja ihre Landes- und Stadtfarben. Potsdam wehrte sich um sein Recht. Die roten Machthaber piffen auf die dumme „Selbstverwaltung“ — in der Monarchie war sie geschützt! — und klagten. Aber alle Rechtsinstanzen traten schützend vor das angefochtene Recht. Das Preussische Oberverwaltungsgericht sprach es am 20. Mai mit aller Deutlichkeit in seinem Urteile aus: für Reichsgebäude sei die Reichsflagge nötig, für Gemeinden aber bestände „keinerlei gesetzliche Verpflichtung“, solche Flaggen anzuschaffen und zu hissen. „Rechtliche Gesichtspunkte“ könnten dafür nicht geltend gemacht werden.

Deutlicher kann man nicht gut sein. Aber „rechtliche Gesichtspunkte“, „keine gesetzliche Verpflichtung“...? Fauler Zauber! Dann eben gegen alle Rechtsinstanzen! Aber wie? Ach, höchst einfach: die rot-schwarze Regierung von Neupreußen erläßt eine „Notverordnung“ und befiehlt über Gerichtsurteile, über „Demokratie“ und Selbstverwaltung hinweg — zum Teufel auch mit diesen unangenehmen Sachen! — die Beslagung der städtischen Dienstgebäude mit den abgelehnten Fahnen, die auf Kosten der städtischen Steuerzahler anzuschaffen sind. Gemißbraucht wurde dazu der Artikel 55 der Preussischen Verfassung, der solche Notverordnungen ausdrücklich nur erlaubt zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit“ oder als „zur Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes dringend erforderlich“.

Der Sieg war aber damit noch nicht vollständig, dazu mußte der Ständige Landtagsausschuß bemüht werden. Der hat jetzt die Verordnung mit 15 gegen 14 Stimmen gebilligt. Aber wodurch? Ein Abgeordneter sagte mit erschütternder Ehrlichkeit: „Durch ganz gemeine Schiebung!“ Er erhielt darauf natürlich seinen Ordnungsruf. Aber die Wahrheit wird bekanntlich in Parlamenten am ehesten „zur Ordnung“ gerufen. Und nun urteile jeder anständige Mensch über den Vorgang: um die „Verordnung“ zu retten, die sonst nicht durchgegangen wäre, tritt das Zentrum unmittelbar vor der Abstimmung zwei

seiner nicht besetzten Sitze an die Sozialdemokratie ab!! Ergebnis: „Sieg“ der Regierung mit 15 gegen 14 Stimmen! Der doppelte Gewaltstreich ist gelungen. Ungefehllich ist die Verordnung, ungefehllich höchstwahrscheinlich auch jener Vorgang bei der Abstimmung, den ein Abgeordneter als „ganz gemeine Schiebung“ bezeichnet hatte. Der deutschnationale Abg. von der Oken gab sofort für seine Fraktion eine Erklärung über die Ungefehllichkeit ab. Der Staatsgerichtshof wird nun über die Schiebung abzurteilen haben. Aber, und das ist der Trost, es wird natürlich nach der Verfassungsfeier sein!

Sekt aber lacht die gesamte Preußenregierung sich ins Häutchen: Sa, jetzt müssen die Gemeinden, jetzt müssen sie, trotz Gesetz und Recht und Urteil! Preußens großen Könige konnte der rechtstuchende Bürger mit dem Kammergerichte kommen — eine heutige sozialdemokratische Regierung hat es leichter: sie ruft ihre Helfer auf — und das Oberverwaltungsgericht mag einfach weiter in die Luft frähen! In heikendem Gohne hat das „Reichsbanner“ der vergewaltigten Potsdamer Stadtverwaltung jetzt Bezugsquellen für schwarzrotgelbe Fahnen mitgeteilt. Ist es nicht unerhört, wenn jetzt die neupreußische Regierung Privatunternehmungen, wie Hotels, zwingen will, schwarzrotgelb zu flaggen, und nun, als sie auf keine Gegenliebe stößt, den Boykott über diese Steuerzahler verhängt? Das ist ein glatter Verfassungsbruch, der Abscheu und große Empörung gegen die Schwarzrotgelben hervorruft. Weiter, weiter so, ihr Herren Republikaner! Das ist der moralische Abbau der Republik! Wahrhaftig: Wer schützt die Republik vor den Republikanern?

In, richtig: um die es geht, ist die schwarzrotgelbe Fahne. Ihren ehrlichen Anhängern kondolieren wir hierdurch aufrichtig. Sie werden am besten empfinden, was wir hier nicht auszusprechen brauchen: dieser „Sieg“ ist eine gewaltige moralische Niederlage. Unfähig, moralisch zu erobern, wird hier durch Gewaltpolitik nur die giftige Saat des Hasses in die Herzen der Bevölkerung gestreut!

Aufmerksame Reisende können in gewissen Gegenden zuweilen auf eine merkwürdige Abneigung gegen das Kreuz stoßen. Man forscht, weshalb. Einst, vor Hunderten von Jahren, waren die Bewohner jener Gegend mit Gewalt und schwerer Drohung gezwungen worden, das Kreuz zu küßeln. In jener Abneigung offenbart sich noch heute das noch nicht ausgestorbene Grauen vor jenem Gewissenszwange.

Die deutsche Republik, angeblich doch tausendmal klüger, erleuchteter, humaner als jene finsternen Zeiten, geht mit ihrem schwarzrotgelben Zeichen heute ähnliche Wege. Haß und Abscheu gegen ihre Mittel der brutalen Gewalt werden sich schließlich mitübertragen auf das schwarz-rot-gelbe Zeichen selber.

Und das wird die sichere Frucht des Gewaltstreiches zu der erzwungenen schwarzrotgelben Fahnenparade sein. Die Wahlen werden ebenfalls eine Dummheit bringen, und der 2. Oktober wird als Antwort auf die sozialistischen Provokationen uns ein schwarz-weiß-rotes Flaggenmeer zeigen.

und Zylinder. Und er hat recht. Keinem Beamten kann man es verübeln, von einer Feier wegzubleiben, in der parteipolitisch fanatisierte Reichsbanneroffiziere wüßten Radum machen, wo man beileibe nicht etwas über das Vaterland, sondern etwas von der Partei, ihrer Fahne, ihren Führern hören will. Professor Menzer hat die Wahrheit gesagt, wenn er die früher begangenen Nationalfeste als Feste aller Deutschen, als tiefentfundgebungen deutscher Herzen bezeichnet hat. Die Feiertage, welche die Leute, die kein Vaterland kennen, dem deutschen Volke aufzwingen wollen, sind keine Nationalfeste, sondern Partei-Tage. Aber die Wahrheit wollen die Sozialdemokraten und die Demokraten nicht hören. Darum haben sie den Festredner unterbrochen. Die S. P. D. von Halle und ihr Organ, das Volksblatt, finden es ganz in der Ordnung, daß die Reichsbannerleute sofort die Festrede beanstandeten und das Lokal nach Krach verließen. In Gießen, wo der Reichswehrkommandeur und die Reichswehrmusik die Verfassungsfeier verließen, weil der Festredner den Reichspräsidenten und die nationalen Kreise angriff, da findet es das hollische Volksblatt groteskerweise auch richtig, wenn das amtliche Organ der heftigen republikanischen Regierung schreibt: „Ob die Festrede zu beanstanden war oder nicht, das zu entscheiden, war nicht Sache des Reichswehrkommandeurs, sondern der Veranstalter der Verfassungsfeier.“ Na, also! Wer war denn der Veranstalter in Halle. Das Reichsbanner oder die Behörden? Die Behörden! Die Festrede Menzers konnten also nur die Behörden bzw. das Oberbergamt beanstanden und nicht das Reichsbanner, das dazu keine Berechtigung hatte. So redet das hollische Volksblatt der Sozialdemokraten mit zwei Zungen, in zwei Sprachen. Das nennt man dann sozialdemokratische Objektivität. Wir nennen es lügnische sozialdemokratische Parteipolitik. „Nie wieder gehe ich zur Verfassungsfeier“, an dieses Wort ihres Kollegen mögen sich alle Beamten im nächsten Jahr erinnern.

Wie fällt die nächste Wahl aus?

Daß die gegenwärtige heiße Sommerzeit manchen Verufenen und namentlich Unberufenen, die über viel freie Zeit verfügen, Veranlassung gibt, über die Aussichten der voraussichtlich im Frühjahr stattfindenden Wahl zu orakeln, nimant uns nicht weiter wunder und ist an sich unbedenklich. Daß sie ihre Prophezeiungen in weitere Kreise zu tragen sich bemühen, ist schon weniger unbedenklich. Am allerbedenklichsten aber ist es, daß noch mancher politische Philister in Stadt und Land seine aus Privatverärgerung irgendwelcher Art stammende Verstimmung anderen einzupumpfen bestrebt ist. Dadurch wird nämlich ein Pessimismus großgezogen, wie man ihn im gegnerischen Lager, wo dazu weit mehr Veranlassung vorläge, geflissentlich und energisch unterdrückt, ein Pessimismus, den man deswegen nicht leicht nehmen sollte und der das Wahlergebnis gefährden könnte, weil diejenige

Am 1. und 2. Oktober zum 80. Geburtstag

Generalfeldmarschalls von Hindenburg schwarz-weiß-rote Fahnen heraus!

Kein Haus ohne Fahne!

Bekenne dich zu den alten Farben!

Nie wieder gehe ich zur Verfassungsfeier.

Der Schreiber dieser Zeilen hatte Zeit und Gelegenheit, dem unzeitwilligen Abmarsch der Teilnehmer an der hollischen Verfassungsfeier am 11. August vom Thaliaaal ab zuzusehen und zuzuhören. Alle die Beamten, welche die Geißstraße nach dem Café David zu gingen, machten ihrer Empörung gegen das rüpelhafte Benehmen der Mitglieder des Reichsbanners gegen den Festredner, Herrn Prof. Menzer, Luft. „Nie wieder gehe ich zur Verfassungsfeier“, so sagte wörtlich ein anscheinend kleiner Beamter im Gebroch

Schlacht bekanntlich von vornherein verloren ist, die ohne den nötigen Siegeswillen begonnen wird.

Dabei muß immer wieder betont werden, daß zu irgendwelchem Pessimismus nicht die geringste Veranlassung vorliegt, denn so vergeblich sind, abgesehen von eintigen Parteifanatikern, selbst Wähler mit starker Einstellung nach Links bei uns nicht, daß sie sich die Zeiten sozialdemokratisch-demokratischer Mißwirtschaft noch einmal wünschten. Allgemein wird doch anerkannt, daß im Gegensatz zu früher mit Fleiß und Sachkenntnis, vor allen Dingen aber mit gewissenhaftem Ernst und ohne jeden

parteilichem Einschlag positive Arbeit im Reiche geleistet worden ist.

Was die Aussichten der einzelnen gegnerischen Parteien anbelangt, so werden die Kommunisten eher verlieren als gewinnen. Die in dieser Partei herrschende Zerfahrenheit und der Mangel an Führung haben irgendwelche festere Organisation nicht hochkommen lassen. Auch an Treibholz wird den Kommunisten nicht viel zufallen. Viele Wähler, die in begreiflicher Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie dieser den Rücken kehren werden, werden vermutlich zu Hause bleiben, ihre Stimmen jedoch nicht den Kommunisten geben. Die Demokraten werden weder in der Stadt noch auf dem Lande Stimmen gewinnen Ihre Sünden von früher sind doch noch unvergessen, und sowohl Beamenschaft wie Mittelstand und namentlich Landwirtschaft bringen demokratischen Wahlversprechungen kein Vertrauen mehr entgegen. Daß demokratische Versprechungen solche sind, die nie gehalten werden, ist auf dem Lande schon sprichwörtlich geworden. Nur in wenigen Orten werden wir das Gedächtnis der Wähler noch etwas aufzufrischen haben. Diese Orte sind uns bekannt, und die erforderlichen Vorbereitungen sind getroffen. Ein großer Teil der Arbeiterschaft folgt noch der sozialdemokratischen Fahne. Trotzdem ist mit Stimmenrückgang der Sozialdemokratie sicher zu rechnen. Mittelstand und Beamenschaft haben eingesehen, daß die Sozialdemokratie ihnen nichts bringt als leere Redensarten. Aber auch viele Arbeiter sehen ein, daß die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ihnen nichts als Hunger und Arbeitslosigkeit beschert hat. Nur aus Zwang oder alter Gewohnheit bleiben manche noch in der Organisation, jedoch ohne Hoffnung und daher ohne jeden Schwung und nur mit halbem Herzen. Auf dem Lande gibt es ganze Dörfer, wo die Sozialdemokratie ihren gesamten zahlenden Anhang verloren hat und kaum noch auf Stimmen rechnen darf. Seit Monaten entfalten die sozialdemokratischen Agitatoren daher eine fieberhafte Tätigkeit. Sie werden trotzdem nicht viel von denen zurückgewinnen, die aufgeklärt der roten Fahne den Rücken gewandt haben.

Die Hauptgefahr für ein gutes Wahlergebnis liegt im Lager der bürgerlichen Parteien selbst. Wenn wir neben den Listen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei noch solche der Wirtschaftspartei, des Zentrums, der Völkischen, der Nationalsozialisten, der Aufwertungspartei, der Hausbesitzer, der Mieter bekommen werden, wird die Zerfahrenheit und Unklarheit im bürgerlichen Lager, die bekanntlich ohnehin schon groß ist, noch zunehmen und damit die Wahlmüdigkeit wachsen. Darauf aber setzen die Linksparteien ihre einzige Hoffnung. Alle bürgerlichen Wähler und namentlich die gesamte bürgerliche Presse seien daher auf die von dieser Stelle drohende schwere Gefahr besonders aufmerksam gemacht. Nur wenn jeder an seiner Stelle dafür sorgt, der Manie der Sonderlisten entgegenzuarbeiten, kann die unheilvolle Listenzerstückelung und damit eine Gefährdung des Wahlergebnisses vermieden werden.

Dann ist es unsere Pflicht, auf die Wirkungen der Agitatoren der Wirtschaftspartei besonders aufmerksam zu machen. Diese Agitation sucht dadurch Wirkungen zu erzielen, daß nicht etwa die Linksparteien angegriffen werden — davon ist bei der Agitation der Wirtschaftspartei in Wort und Schrift kaum etwas zu bemerken — sondern man versucht, die Wähler aus unserer Partei herauszuholen. Darf man sich angesichts dieser Tatsache darüber wundern, daß mancher weniger urteilsfähige Wähler aus bürgerlichen Kreisen dadurch irreführt und mindestens der Wahl fernbleiben wird? Weshalb die Wirtschaftspartei diese Art der Agitation trotz aller Warnungen betreibt, liegt auf der Hand. Sie will unter allen Umständen die Zahl ihrer Stimmen vermehren, um mit einer höheren Abgeordnetenzahl in die Parlamente einzuziehen, und sie weiß ganz genau, daß sie diese Stimmen nur den bürgerlichen Parteien, namentlich der Deutschen Volkspartei und unserer Partei abnehmen kann. Vergessen wird, daß darüber mancher, verärgert und verwirrt, überhaupt zu Hause bleiben wird, so daß von dieser Art der Agitation nur die Linksparteien den Vorteil, die bürgerlichen Wähler und naturgemäß nicht zuletzt die steuerleicht denken auch diejenigen bürgerlichen Zeitungen, die zahlenden Mittelständler den größten Nachteil haben. Vieloffenkundig die Wirtschaftspartei unterstützen und ihre

Ausschlüssen gegen die nationalen Parteien und die Reiterung nachdrücken, einmal über diese Gefahr nach und warnen die Wirtschaftspartei, anstatt ihr Vorschub zu leisten. Vor allen Dingen aber sei wieder der verständige Wähler auch aus Mittelstandskreisen aufgerufen. Jeder bekämpfe an seinem Platze und im eigensten Interesse das gefährliche Gebaren der Wirtschaftspartei. Jeder denke daran niemals wird die Wahlschlacht verloren, es sei denn durch die Schuld der bürgerlichen Wähler selbst.

Besucht die Konzerte

im

Kurhaus Bad Witekind

Witekind-Brunnen- und
Tafelwasser liefert frei Haus

Paul Zscheyge
Fernruf 26286

Richtlinien

für die Werbeweche der Deutschnationalen Volkspartei vom 24. bis 30. Oktober 1927.

1. Abgabe von Adressen solcher Wähler an die Geschäftsstelle, welche Mitglieder sein müßten oder Mitglieder werden wollen. Mitnahme von Beitrittserklärungsformularen.
2. Zusendung eines geeigneten Flugblattes oder anderer Drucksachen und einer Einladung zu irgendeiner der in obiger Woche stattfindenden Werbeveranstaltungen.
3. Nötigenfalls vor der Versammlung noch persönlicher Besuch durch Mitglieder oder Helfer (zweckmäßig ein Berufscollege oder Frau zu Frau).
4. Werbeversammlung, dabei Verteilung von Anmeldezetteln an die zu Werbenden.
5. Ausfüllung von Anmeldezetteln bei Familienfesten, am Stammtisch, auf der Arbeitsstelle in der Pause, in Vereinsversammlungen jeder Art.
6. Falls Anmeldung in der Versammlung nicht erfolgt ist, nochmaliger Besuch bei dem zu Werbenden. Aufforderung zum Besuch des Vaterländischen Abends am 29. Oktober, Überreichung von gedrucktem Werbematerial.
7. Auf dem Vaterländischen Abend nochmalige Aufforderung zum Beitritt.
8. Wert ist auch zu legen auf die Rückgewinnung ehemaliger Mitglieder.
9. Jedes Mitglied unserer Partei muß mindestens 1 neues Mitglied bringen. Das ist nicht so schwer.
10. Bei der Werbung betonen, daß die Partei auch mit niedrigerem Beitrag einverstanden ist, als 12 Mark. (Zur Jahre 2, 3 Mark usw.).
11. Die Werbung der Mitglieder auf Listen empfiehlt sich nicht, da bekanntermaßen viele sich scheuen, den Nachbarn von ihrer politischen Einstellung wissen zu lassen. Statt dessen Anmeldezettel benutzen.
12. Ablieferung der Anmeldungen bis spätestens 31. Oktober 1927 an die Geschäftsstelle Alte Promenade 10.

Agitationsmaterial.

Angst vor dem Stahlhelm. Das sozialdemokratische Volks-(berdummungs-)Blatt vom 22. August wehlt bitter über die „schlappe Republik“, weil sie es dulde, daß der Lehrer Demhardt („Mitglied des Stahlhelms“) nicht an der Verfassungsfeier teilgenommen hat, daß er an diesem Tage im „alltäglichen Schulanzug“, angetan mit dem Stahlhelmsabzeichen erschienen sei. Wir können der sozialdemokratischen Schmäffelkommission und ihrem feigen Gewährsmann nur sagen, daß der Lehrer D. recht gehandelt hat, denn nach der Verfassung kann niemandem Gewissenszwang auferlegt werden. Der Lehrer D. kann außer Dienst auch sein Abgehen tragen, wie er will. Der Weg zum Dienst gehört u. E. eben nicht zum Dienst. Was haben doch die Republikaner für Sorgen.

Der arme kommunistische Massenkampf. Tagtäglich, so klagt der „Massenkampf“ Stein und Wein, werden wir Massen-kämpfer mit Urteilen traktiert und müssen bezahlen. Das Gericht hatte wiederum die St.-Redaktrice, Frä. Sundermann (25 Jahre alt), die verantwortliche Leiterin des „Massenkampfes“, wegen Beleidigung eines nationalen Mannes zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Weitere Klagen und Urteile werden folgen. Jeder nationale Mann, den die kommunistischen Zeitungen angreifen und beschimpfen, muß unbedingt Straf-antrag stellen, damit den unsauberen Gesellen endlich einmal das Handwerk gelegt wird. Während ist es, daß das kommunistische Frä. Sundermann, obwohl der Richter sich selbst als Stahlhelmer bezeichnete und er als befangen von der Angeklagten hätte abgelehnt werden können, einen diesbezüglichen Antrag nicht stellte. Vor Gericht ist das kleine Fräulein zahn, aber wehe, wenn sie losgelassen!

Auf 3 Monate keine Internationale mehr. Lange hat es gedauert, bis Herr Regierungspräsident Gröbner sich zu einer Maßnahme (Verbot aller kommunistischen Umzüge auf 3 Monate) gegen den randalierenden Kommunismus in Halle aufgerafft hat. Volle 8 Stunden wurde ein Heer von Schupo-Beamten am Vorabend der Einrichtung Saccos und Lanzettis von den kommunistischen Gassenjungen auf dem halleschen Hallmarkt hin- und hergejagt. Es war doch soweit, daß die Schupo eigentlich nur noch für die Sonntagsjungen da war. Abend für Abend Alarmbereitschaft. Ist es ein Wunder, wenn da vor Wut der Gummihüpfel tanzt? Mit einem Verbot der Umzüge, Herr Regierungspräsident, schafft man die kommunistische Unruhe nicht aus der Welt. Wo bleibt denn das Verbot wegen der Weimarer Vorgänge?

Sacco und Lanzetti, zwei italienische Anarchisten, sind nun hingerichtet worden. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, ob die Verurteilung zu Recht erfolgt ist, und ob die Aufschubung des Urteils 7 Jahre hindurch eine Qual für die beiden war oder nicht. Aber das eine müssen wir deutlich sagen: Der ganze Protestrummel, Demonstrationen, war vollkommen

Im Landtag.

Heißt wer Meyer, und er ist
Außerdem noch Sozialist,
Kann er gegen Wiedemann
Bogen, was er bogen kann.
Eines nur ist unerhört,
Daß Herr Wiedemann sich wehrt.
Auch Herr Bartels rügt dies schwer;
Meyerchen, der freut sich sehr.

(Stahl, Königsberg i. Pr.)

Völkische Zersplitterung. Die völkische Parteibewegung zerfällt zurzeit in 5 verschiedene Gruppen, die sich untereinander auf das erbitterteste bekämpfen.

1. Deutschvölkische Freiheitsbewegung (mit den Abgeordneten v. Graefe, Wulle, Henning, v. Ramin usw.).
2. Die National-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei (mit den Abgeordneten Graf Reventlow, Feder, Straßer usw.).
3. Als Gruppe für sich die Abgeordneten Ludendorff und Rube.
4. Die Deutsch-soziale Gruppe mit Runge (Knüppelkunge und Genossen) und endlich
5. Die zur Volks-Rechtspartei (Aufwertungsverbände) übergegangenen Abgeordneten Dr. West und Seiffert.

Wer will da noch mitmachen? Deshalb hinein in die große völkische Deutschnationale Volkspartei.

Vortragskalender.

Stadt Halle.

Frauenausschuß und Hausangestellten-gruppe. Sonntag, den 4. September, gemeinsame Fahrt nach Potsdam zum Grabe unserer unergelichen Kaiserin. Alle baterländisch gesinnten Frauen sind eingeladen. Meldungen sofort an die Geschäftsstelle Alte Promenade 10 oder Leipziger Straße 17, II.

Gruppe Nord-West. Mittwoch, den 7. September, abends 8 Uhr, Gruppenversammlung im „Kaiserhof“, Reilstraße. Die

Parteifreunde, lest die Halle'sche Zeitung!

überflüssig und sollte nur dazu dienen, den kommunistischen Propaganda-Karren, der im Dreck stecken geblieben ist, wieder flott zu machen. Wir fragen: **Wo war denn die Internationale, als ein Schlagerer hingemordet wurde?** Wo waren denn die Notizen, als zwei deutsche Studenten in Rußland verurteilt werden sollten? Um Deutsche in Gefahr, kümmert sich die Internationale in Deutschland nicht. Warum also sollen wir uns für einen Sacco und Lanzetti einsetzen?

Die Landflucht nimmt trotz des Glends in den Städten zu. Aus sämtlichen preussischen Provinzen wird Abnahme der ländlichen Bevölkerung und Zuwachs der städtischen berichtet. Vom heutigen Staatsgebiet steht die Provinz Ostpreußen mit einem ländlichen Wanderverlust von 226 000 an der Spitze; dann folgen Niederschlesien mit 149 000, Pommern mit 137 000, Sachsen mit 136 000 und Hannover mit 107 000. Einen Wanderertrag haben vor allem die Großstädte zu verzeichnen. Groß-Berlin mit 648 000 Wanderertrag hat nahezu zur Hälfte Anteil an dem Gesamtwanderertrag des Staates. Nur zwei Provinzen, Sachsen und die neugebildete Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen haben neben einem ländlichen Wanderverlust auch einen städtischen Wanderertrag zu beklagen, die erste rund 4000, die andere 3000. Die Landflucht ist das Werk der Kommunisten und Sozialisten, die in den Großstädten unzufriedene Menschen brauchen, um Boden für ihre Hege zu haben.

Im Reichstag.

Im Reichstag hat es geistesgeblitzt.
Der 11. August, — Erinnerungstag! —
Und ebenso „gesetzlich geschützt“,
Wie Kufrol und Kaffee Hag.
Ein Vorschlag, wahrlich gut gelungen:
Gesetzlich geschützt .. Erinnerungen.

Gruppe tritt unter ihrem neuen Leiter erstmalig zusammen. Aussprache über Organisation und akute politische Fragen.

Gruppe Nord-Ost. Große Gruppenveranstaltung am Freitag, dem 9. September, abends 8 Uhr, im Saale des Engelhardt-Vierhauses, Mühlweg, Vortrag des Landtagsabgeordneten Heden über „Landtagsarbeit“, Aussprache. Dann Musik, Rezitationen, Tänzerinnen und sonstige unterhaltende Darbietungen.

Gruppen Mitte-Ost und Mitte-West. Sonnabend, den 10. September, Wasserfahrt mit Musik und anschl. Kränzchen in Kramer's Restaurant. Treffpunkt 5 Uhr nachmittags an der Reihnitzbrücke. Gäste willkommen.

Gruppe Süd-West. Freitag, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, im „Hoffjäger“ gemeinsames Beisammensein und Führerbesprechung.

Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, großer Lichtbildabend im Saal des „Hoffjägers“, Lindenstraße. Rechtsanwalt Dr. Girsch spricht über „Die Lage der Deutschen in Südtirol“. Alle baterländischen Verbände und Gruppen und alle Parteimitglieder der Stadt müssen zu diesem Vortrage erscheinen.

Große Aufklärungsverammlung. Dienstag, den 13. September 1927, abends 8 Uhr, spricht im großen Saal vom „Sankt Nikolaus“ unser Reichstagsabgeordneter Hemeter über das Thema: „Wir in der Regierung“. Alle politischen Vorkommnisse der letzten Zeit werden besprochen, so Reichsschulgesetz, Flaggfrage, Rheinlandbesatzung, Rußland usw. Eintritt frei.

Gruppe Süd-Ost. Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr, Eltern und Lehrerversammlung im „Schultheiß“, Merseburger Straße 10. Landtagsabgeordneter Nestor Herrmann wird über: „Der Reichsschulgesetz-Entwurf“ sprechen. Freie Aussprache. Eintritt frei. Alle Eltern, Lehrer, Pastoren sind herzlich eingeladen. Schultheiß-Bier wird nicht verschänkt.

Kauft bei den Firmen, die im Nachrichtenblatt inserieren!

(Inserate unserer deutschnationalen Geschäftsleute werden erbeten.)

Öffentliche Versammlung. Reichstagsabgeordneter D. Müm. Berlin, spricht am Sonnabend, dem 17. September, abends 8 Uhr, im „Wintergarten“, Magdeburger Straße, über: „Deutschnationale Kulturpolitik und Reichsschulgesetz“. Eintritt frei. Freie Aussprache.

Vertrauensmänner, Bezirksdamen- und Großer Ausschuß. Wichtige Sitzung zur Vorbereitung der Werbeweche, am Dienstag, dem 27. September 1927, im „Mars-la-Tour“, nachmittags 5 Uhr. Die Parteifreunde in den kaufmännischen und industriellen Betrieben sowie die Beamten bitten wir, sich auf eine Stunde freigegeben zu lassen. Es darf niemand fehlen.

Deutschnationale Beamtenschaft. Mittwoch, den 28. September 1927, nachmittags 6 Uhr, Sitzung aller Beamten-Vertrauensmänner in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 10. Alle Dienststellen müssen 1 Delegierten bestimmt entsenden.

Am Mittwoch, dem 5. Oktober, abends 8 Uhr, spricht im „Mars-la-tour“ der Landtagsabgeordnete Präsidial-Ober-Inspektor Müller über: „Die Befoldungsreform und andere Beamtenfragen“. Bericht vom Parteitag. Alle nationalen Beamten sind eingeladen. Bringe jeder Parteifreund einen gleichgesinnten Kollegen mit.

Deutschnationale Arbeiterschaft. Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Deutschen Gesellschaftshaus“ eine große Versammlung statt, in welcher der Arbeitervertreter Landtagsabgeordneter Meyer, Hermsdorf, sprechen wird. Die Deutschnationale Arbeiterschaft erwartet und hofft, daß möglichst alle Mitglieder des gesamten Volksvereins an der Versammlung teilnehmen.

Wälferschlachtsgedenkefeier am 18. Oktober. Die Gruppe Mitte-Ost veranstaltet die obige Feier, abends 8 Uhr, im großen Saale des „St. Nikolaus“. Die Feste wird der bekannte christliche Jugendführer und Schriftsteller Kurt Diete halten.

Saalkreis.

Niemberg. Freitag, den 2. September, abends 8 Uhr, große Mitgliederversammlung im Gasthof Leuber, für den ganzen Bezirk Niemberg. Reichstagsabgeordneter Gemeter spricht um 7 Uhr ebendortselbst Vertrauensmänneritzung.

Dommitz. Sonntag, den 11. September, vormittags 11 Uhr, im Gasthof „Altnr.“ Mitgliederversammlung. Abg. Gemeter spricht über das Thema: „Was tat die Deutschnationale Volkspartei für die Landbevölkerung?“. Vertrauensmänner des Bezirks kommen ½ Stunde vorher.

Osmünde. Sonntag, den 11. September, nachmittags 3 Uhr, im „Lindenhof“ Mitgliederversammlung. Abgeordneter Gemeter spricht. Vertrauensmänner des Bezirks Osmünde und Gröbers ½ Stunde vorher.

Obermarchwitz. Freitag, den 16. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Danne Versammlung. Rektor Herrmann, M. d. L., spricht über: „Deutschlands Krankheit und Genbung“. Vertrauensleute vom Bezirk Marchwitz ½ Stunde vorher.

Wölsjün. Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, Versammlung zusammen mit den Deutschvölkischen Parteileuten. Aussprache. Lokal wird noch bekanntgegeben. Vertrauensleute vom Bezirk Wölsjün um 3 Uhr im Schützenhaus. Wichtige Sitzung.

Dölan. Sonnabend, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Heidenkrug“ große Werbeveranstaltung. Alle nationalen Kreise sind eingeladen. Vertrauensmänneritzung des Bezirks Dölan ¼8 Uhr ebendortselbst.

Die Hindenburgfeiern werden im Oktober stattfinden in Könnern, Ammendorf, Ballwitz, Diestau, Gröbers, Weesenaublingen, Seeben, Wettin, Gimritz, Büschdorf, Diemitz, Niederleben, Döffel, Mitteleldau, Trebitz b. R., Döllnitz. Näheres wird noch mitgeteilt.

Sonstige Mitteilungen.

Am 21. und 22. September findet in der Ostmark, in Königsberg, unser großer ordentlicher Reichsparteitag statt. Es sind folgende große Referate vorgesehen: Graf Westarp über: „Unser Weg zur Macht in Reich und Ländern“. Dr. v. Winterfeldt: „Preußen und der Osten“. Dr. Frhr. v. Gayl, Abgeordneter Schlange-Schöningen. „Wirtschaftsnot und Nahrungsmittelfreiheit“ — Minister Schiele. „Die sittliche und nationale Bedeutung des selbständigen Mittelstandes“ — Dr. Eberle und Dr. Oberfahren. „Geistesnot und Gewissensfreiheit“ — Professor Brunstädt, Professor Spahn und Studienrat Dr. Ellenbeck. „Aufgaben im Grenzkampf“ — Frau von Sperber. „Ein Gruß aus dem Westen“ — Staatsminister Wallraf. Parteifreunde aus unserem Bezirk, welche als Gast am Parteitag teilnehmen wollen, erhalten Auskunft durch unsere Geschäftsstelle, Alte Promenade 10.

Unser Parteifreund Karl Britschow (Buch- und Papierhandlung), Bernburger Straße 28, beging vor kurzem im Alter von 65 Jahren sein Geschäftsjubiläum. Von Beruf Buchdrucker, hat er sein Geschäft zur jetzigen Blüte gebracht. Herzliche Glückwünsche der gesamten Partei.

Dieser Nummer der Partei-Nachrichten fügen wir einen Werbe- bzw. Aufnahmzettel bei. Wir bitten, ein neues Mitglied zu werden und den Zettel ausgefüllt an uns, Alte Promenade 10, bis spätestens 31. Oktober 1927 zurückzuführen.

Es wird dringend gebeten, den Beitrag für das 3. Vierteljahr ohne Schwierigkeiten an die Bezirks-Damen zu zahlen.

Deutschnationale Hindenburgfeier.

Montag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr
großer Thaliaaal

Musik — Festrede

Dann läuft der große Hindenburgfilm.

Soldatenkind — Rabett — 1866 — 1870
Der Retter 1914 — Sieg — Führer und Generalfeldmarschall
Revolution — Reichspräsident

Jeder nationale Mann, jede Frau und die Jugend
muß diesen Film sehen.

Nachmittags um 4 Uhr läuft der-
selbe Film für die hallische Jugend

Karten ab 15. September bei den Bezirks- und
Gruppendamem, in der Geschäftsstelle,
Alte Promenade 10, in der Halle'schen Zeitung,
Leipziger Straße 61/62 und in der Allgemeinen
Zeitung, Rannische Straße.

Bahnexpeditionen.
G. Vester, A.-G., Güterbahnhof. Fernruf 279 01.
Bekleidung.
Dito Knoll Nachf., Leipziger Straße 36.
G. Ahmann, Große Ulrichstraße 49.
Endepols & Dunker, Große Ulrichstraße 19/20.
Buch- und Papierhandlungen.
Karl Britschow, Bernburger Straße 28.
Alexander Winkler, Lessingstraße 38, Fernruf 231 34.
Gärtnereien und Blumen.
Alex. Hille, Seebener Straße 145.
Gastwirtschaften und Hotels.
Goldene Kugel, Leipziger Straße 67.
Stadt Hamburg, Poststraße.
Hohenzollernhof, Maadeburger Straße 65.
Kurhaus Wittekind, Wittekindstraße, Fernruf 262 86.
Gastwirtschaft Zoologischer Garten.
Juweliere.
Gustav Elsäßer, Kleinschmieden 4.
Franz Tittel, Schmeerstraße 12.
Kolonialwaren.
Dito Scheurich, Liebenauer Straße 19.
Möbel.
Albert Martick Nachf., Alter Markt 1.
Gebrüder Bethmann, Große Steinstraße 79/80.

Lederwaren.
Paul Göldner, Leipziger Straße 79.
Musiklehre.
Frl. Marg. Fickler, Ulfstraße 9.
Frl. Mathy, Bernburger Straße 2.
Frl. Marg. Schlotz, Jägerplatz 29, I.
Gertrud Wendler, Klavierlehrerin, Steinweg 55.
Schuhmacher.
Bernh. Arndt, Henriettenstraße 8.
Dskar Fischer, Bernburger Straße 16.
Sparkasten und Banken.
Sparkasse des Saalkreises, Große Steinstraße 20.
Spielwaren.
Rud. Weibezahl, Leipziger Straße 66.
Paul Lange, Merseburger Straße 168.
Versicherungen aller Art.
Deutschnationale Versicherung, Rannische Straße 13.
Max Krüger, Conradstraße 31. Fernruf 216 62.
Dito Schwenke, Harz 29.
Woll- und Weißwaren.
Max Oppermann, Bernburger Straße 15.
Weddy-Pünke & Steckner, A.-G., Leipziger Str. 6.
Zeitungen.
Halle'sche Zeitung, Leipziger Straße 61/62.

Nachrichten

der Deutschnationalen Volkspartei Halle-Saalkreis

Verantwortlich: W. Poche, Geschäftsführer, Halle (Saale), Alte Promenade 10. — Verlag: Volksverein Halle-Saalkreis d. D. u. V. P.

1927

Monat September

Nr. 12

Dieses monatlich erscheinende Nachrichtenblatt wird allen eingeschriebenen Mitgliedern kostenlos zugestellt.

Wir vergessen euch nicht!

Von Kurd Schrader.

Das Reich ist zerrissen, das Reich ist zerfehrt,
In bestende Trümmer zerfallen,
Verkauft und verraten, verflucht und verhehrt,
Entehrt und entrechtet, vom Feinde besetzt,
Erniedrigt zum Knecht und Vasallen,
Und gierige Geier umklammern den Nest
Von Norden und Süden, von Ost und von West
Mit blutigen, lüfternen Krallen.

Doch jenseits der Grenzen, die Willfür und Mut,
Die List und Verleumdung gezogen,
Verschmachten von unreim Geschlechte und Blut
Die Brüder und Schwestern, mit Habe und Gut
Um Heimat und Hoffnung betrogen;
Dem Boden entwurzelt, dem alle entstammt,
Geächtet, geknechtet, zu Ketten verdammt,
Verschächert, geraubt und belogen.

Dem Arme der Mutter entrisfen das Kind
Begierde und frebles Vermessen!
Nun weint es die suchenden Augen sich blind,
Vertraut seine Klagen dem eilenden Wind,
Von Sehnsucht und Kummer zerfressen;
Dem Vaterhaus fern, in der Fremde verwaist,
Doch nah uns im Herzen und nah uns im Geiff,
Verlassen, doch niemals vergessen!

Denn, ob man euch raubte mit diebischer Hand,
Wie's Frankreich und England befohlen,
Ihr seid nicht vergessen, mein Danziger Strand,
Mein Schleswig, mein Elbaf, mein schlesisches
Mein deutsches, mein preukisches Polen! Land,
Du bist nicht vergessen, mein deutsches Tirol,
Das treulos der Judas in Roms Kapitol
Voll Falschheit und Undant gestohlen!

Wir lassen euch nicht, wir vergessen euch nicht,
Und liegen wir selbst auch darnieder!
Wir halten euch Treue in Ehre und Pflicht,
Denn Mitleid und ewige Liebe unsflucht

Deutsche

Kämpfer!

vom 9.

1927 stattfindet.

1. Vor dem Endfakt
2. Preukische Flagge
3. „Nie wieder gehe
4. Wie fällt die n
5. Richtlinien für
6. Treibt Mundpro
7. Wann finden de
8. Kaufe nur bei
9. Flaggt am 1. un

o Abscheu.
e ein Beamter.

? (Vortragskalender.)
uten und Inserenten!